

RV-25/2009

- öffentlich -

Beschlussvorlage

Ratsversammlung am 26.03.2009

Übertragung der von den Sparkassen gehaltenen HSH Nordbank Anteile auf das Land

Antrag:

Die Ratsversammlung wolle beschließen:

Die Stadt Flensburg als einer der Träger der Nord-Ostsee-Sparkasse fordert das Land Schleswig-Holstein auf, die Aktien des Sparkassen- und Giroverbandes für Schleswig-Holstein (SGVSH) sowie der Schleswig-Holsteinischen Sparkassen-Vermögensverwaltungs- und Beteiligungs GmbH & Co. KG (SVB) an der HSH Nordbank AG zu einem fairen Preis im Zusammenhang mit der seitens des Landes geplanten Kapitalerhöhung zu übernehmen.

Begründung:

An der HSH Nordbank AG sind der SGVSH mit einem Anteil von 13,20 % und die SVB mit einem Anteil von 1,62 % beteiligt. Hieraus ergibt sich eine mittelbare Beteiligung der 15 schleswig-holsteinischen Sparkassen an der HSH Nordbank AG. Auf die Nord-Ostsee Sparkasse entfällt ein Anteil von rd. 2,63 %. Aufgrund der durch die Finanzkrise bei der HSH Nordbank AG ausgelösten Turbulenzen haben die Sparkassen erhebliche Belastungen hinsichtlich des Beteiligungswertes bereits für das Geschäftsjahr 2008 zu verkraften und dafür in Jahrzehnten aufgebaute Reserven eingesetzt. Erste Szenariorechnungen haben gezeigt, dass der Verbrauch von bis zu zwei Dritteln der Reserven erforderlich werden kann. In Einzelfällen ist auch die Stützung von Sparkassen durch die Gemeinschaft nicht auszuschließen, was wiederum alle Sparkassen und damit auch die **Nord-Ostsee Sparkasse** zusätzlich belasten würde.

Die Sparkassen haben für die Wirtschaft und Verbraucher einen nach dem Sparkassengesetz unmittelbaren öffentlichen Auftrag zu erfüllen, der die Kreditversorgung der Bevölkerung und insbesondere der mittelständischen Wirtschaft in Schleswig-Holstein umfasst. Zur Sicherstellung dieser gesetzlichen Aufgaben ist eine auskömmliche Risikotragfähigkeit der Sparkassen die wichtigste Voraussetzung.

Vor dem Hintergrund der allgemeinen wirtschaftlichen Entwicklung werden von den Sparkassen für die Jahre 2009 ff. deutlich höhere Wertberichtigungen in ihrem Kerngeschäftsfeld der Unternehmen und Selbstständigen erwartet. Dadurch wird auch die **Nospa** in den kommenden Jahren deutlich geringere Jahresüberschüsse ausweisen und damit weniger Eigenkapital aufbauen können. Es ist nicht auszuschließen, dass in den Folgejahren weitere Belastungen aus der Beteiligung an der HSH Nordbank AG erwachsen. Dies würde erneut wesentlich zu Lasten der Reserven der Nord-Ostsee Sparkasse gehen und damit deren Risikotragfähigkeit einschränken. Erhebliche,

negative Auswirkungen auf den Landesteil Schleswig als Wirtschaftsstandort wären die Konsequenz.

Diese Folgen können vor dem Hintergrund der wesentlichen Bedeutung der Nord-Ostsee Sparkasse als

- in der Region marktführender Finanzier der mittelständischen Wirtschaft,
- großer und sicherer Arbeitgeber und Ausbilder mit 1.354 Beschäftigten (davon 111 in der Ausbildung) sowie
- bedeutender Förderer des gemeinnützigen Engagements mit einem Volumen von rd. 1,9 Mio. € in 2008, wovon rd. 709 T € direkt in das Stadtgebiet Flensburg geflossen sind,

nicht in unserem Interesse liegen.

Bei deutlich reduzierter Risikotragfähigkeit müsste die Kreditpolitik der Nord-Ostsee Sparkasse neu definiert werden. Das heißt im Einzelnen:

- weniger Risikobereitschaft,
- Beschränkung auf bessere Bonitäten,
- höhere Anforderungen an die Sicherstellung,
- signifikant höhere Risikoprämien,
- Abbau von Kreditportfolien.

Darüber hinaus stellt die Nord-Ostsee Sparkasse durch ihre große Präsenz in der Fläche die breite Versorgung der Bevölkerung mit Finanzdienstleistungen sicher, was nur durch eine starke **Nospa** gewährleistet werden kann.

Entscheidend ist daher, dass die **Nospa** und die weiteren Sparkassen im Land von weiteren Folgen der Finanz- und Wirtschaftskrise hinsichtlich ihrer Beteiligung an der HSH Nordbank AG entlastet werden. Ein Verkauf der HSH-Aktien zu einem fairen Preis innerhalb der Bandbreite für die geplante Kapitalerhöhung an das Land Schleswig-Holstein würde auch der Nord-Ostsee Sparkasse eine verbesserte Planungssicherheit bieten und die Handlungsspielräume im Kreditgeschäft nicht zusätzlich beschränken.

Zudem wird durch die Neuausrichtung der HSH Nordbank AG, die den Schwerpunkt ihrer Tätigkeit künftig nicht mehr im Kapitalmarktgeschäft sowie internationalen Finanzierungen oder Großfinanzierungen sieht, sondern ihre Schwerpunkte im Mittelstandskreditgeschäft setzen will, eine schwierige Konkurrenzsituation zu den Sparkassen – und damit ihren Miteigentümern – geschaffen.

Zur Zukunftssicherung der Sparkassen in Schleswig-Holstein, die mit rd. 6.700 Mitarbeitern und Personalkosten in Höhe von 376 Mio. € selbst ein enormer Wirtschaftsfaktor im Land Schleswig-Holstein sind, fordern wir daher das Land Schleswig-Holstein auf, die Anteile des SGVSH und der SVB an der HSH Nordbank AG zu übernehmen.

Diese Maßnahme sichert die verlässliche und fördernde Kreditvergabepolitik der Sparkassen als **die** durch gesetzlichen Auftrag verpflichteten Mittelstandsfinanzierer und trägt somit zu einer Stärkung des Landesteils Schleswig und des Wirtschaftsstandortes Schleswig-Holstein bei.

Berichterstatter: Oberbürgermeister Klaus Tscheuschner

Klaus Tscheuschner
Oberbürgermeister